

Lagezentrum

Berlin, 20. 12. 1989

Bericht

Über die Lage im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreis- und Bezirksämter für Nationale Sicherheit

Der Stand der Arbeitsfähigkeit der aufgelösten Bezirksämter (BÄ) ist unverändert differenziert und insgesamt stark eingeschränkt. Nachrichtenverbindungen bestehen zu allen BÄ.

In bezug auf die Auflösung der restlichen zwei Kreisämter (KÄ) Greifswald und Jena wurden Fortschritte erreicht.

Im KA Greifswald wurde in Anwesenheit von Mitgliedern des unabhängigen Untersuchungsausschusses und Vertretern der Staatsanwaltschaft mit der Sichtung operativer Materialien begonnen (ca. 3 Tage). Danach wird eine Entscheidung über das weitere Vorgehen zur Auflösung und Übergabe des KA herbeigeführt.

Im Rahmen der Auflösung des KA Jena erfolgt der erste Materialtransport in das BA am 20. 12. 1989.

Die Gesamtzahl der bisher an territoriale Organe und Einrichtungen übergebenen Objekte beträgt 266, davon 182 KÄ, 57 Objekte der BÄ, 18 rückwärtige und 9 sonstige Einrichtungen.

Bis zum 19. 12. 1989 wurden 13 404 Mitarbeiter entlassen (Amt 4115, BÄ 6357, Wachregiment 2932). 1076 ehemalige Mitarbeiter nehmen Tätigkeiten beim Zoll, 3499 an den Grenzübergangsstellen/Paßkontrollen und 8829 in der Volkswirtschaft auf.

Nach Bekanntgabe der Neugründung eines Nachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes haben die Kadergespräche mit den verbleibenden Mitarbeitern hinsichtlich ihrer Bereitschaft zur Übernahme bzw. der notwendigen Entlassung begonnen, was zu einer Einschränkung der unkontrollierten Fluktuation führte.

Im Bezirk Erfurt erfolgt die Übernahme ehemaliger Mitarbeiter der KÄ/des BA zum Zoll sehr schleppend (34 Übernahmen). Außerdem wurden gegebene Zusagen in bezug auf den Dienstgrad nicht eingehalten und Hoch- bzw. Fachschulabsolventen zum Teil als Zollassistenten eingestellt.

Hinsichtlich der Vermittlung von Arbeitsstellen an ehemalige Mitarbeiter in zivile Bereiche treten weiterhin erhebliche Probleme auf.

In der Stadt Sömmerda/Erfurt soll eine nicht genehmigte Unterschriftensammlung erfolgen, in der sich die Leiter von Betrieben/Einrichtungen verpflichten sollen, keine Angehörige des ehemaligen MfS einzustellen.

Der Kaderleiter des Backwarenkomminates Erfurt erhielt mehrere anonyme Anrufe, die beabsichtige Einstellung einer ehemaligen Mitarbeiterin der Staatssicherheit als Justitiar nicht zu realisieren. Anderenfalls werde von ihm Rechenschaft gefordert.

Im Motorenwerk Zörbig/Bitterfeld wurde durch Vertreter des Neuen Forum ein Streik angedroht, wenn die zugesagte Einstellung eines ehemaligen MfS-Mitarbeiters als Direktor für Kader und Bildung nicht rückgängig gemacht wird.

Die Einstellung ehemaliger Mitarbeiter beim Krankentransport Potsdam führte zur massiven Ablehnung in den Kollektiven.

In Erfurt wurden Mitarbeitern die Telefonverbindungen durch die Deutsche Post mit der Begründung stillgelegt, daß der Grund der Einrichtung mit der Auflösung des BA nicht mehr gegeben ist.

In verschiedenen Kreisen setzen sich Vertreter des Neuen Forum für die Sicherung von Arbeitsplätzen ehemaliger Mitarbeiter ein.

Am 19. 12. 1989 tagte im BA Berlin erstmalig der Kontrollausschuß zur Auflösung des Amtes. Es wurden 2 Arbeitsgruppen gebildet, die am 20. 12. 1989 ihre Arbeiten aufnehmen:

- Untersuchung der bisherigen Tätigkeit des BA und Einschätzung, welche Akten zur Vernichtung freigegeben werden können,
- Aufgabenstellungen zur Aufklärung sowie zur Abwehr des Neofaschismus und des Revanchismus.

Eine Entspannung der Situation zeichnet sich im Kreis Ueckermünde/Neubrandenburg ab. Superintendent Jessert, der gegen den ehemaligen Leiter des KA, Schiffner, Anzeige erstattet hatte, setzte sich mit diesem telefonisch in Verbindung und bat um ein persönliches Gespräch.

J. und der Mitarbeiter des Neuen Forum, Brummond, äußerten sich gegenüber dem Vorsitzenden des Rates des Kreises für die Überführung der im VPKA zwischengelagerten Akten in das BA.

Intern wurde dem BA Frankfurt/O. bekannt, daß die "Republikaner" beabsichtigen, in den nächsten Wochen verstärkt über vorhandene und neu zu schaffende Kontakte zu DDR-Personen Strukturen ihrer Partei in der DDR auf Bezirks- und Kreisebene zu etablieren.

In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, daß eine Reihe von DDR-Bürgern in Informationsbüros der "Republikaner" in Westberlin vorsprach.